

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Die täglich erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabatt nach Tarif, der jedoch bei geschl. Eintr. od. Konstell. hinfallig wird. Verlagsort: Altensteig, Gerichtsamt Nagold. Erscheinungswöchentlich 6mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 RM., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Nr. 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 295

Altensteig, Donnerstag den 17. Dezember 1931

54. Jahrgang

Der Hindenburgbrief an Hoover

Berlin, 17. Dezember. Wie gemeldet, hat Staatssekretär Stimson in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses in Washington den Brief verlesen, den Reichspräsident von Hindenburg am 20. Juni an den Präsidenten Hoover gerichtet hat. Die „Postische Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut dieses Briefes, der in der deutschen Rückübersetzung folgendermaßen lautet:

Die große Not des deutschen Volkes, die jetzt auf dem höchsten Punkt angelangt ist, zwingt mich dazu, mich an Sie zu wenden.

Das deutsche Volk hat unendlich schwere Jahre hinter sich. Auch die Hoffnung, daß in diesem Frühjahr eine Besserung der Geschäfte und der Industrie entstehen werde, hat sich nicht verwirklicht. Ich habe daher mit den außerordentlichen Vollmachten, die mir die Reichsverfassung einräumt, Maßnahmen in Kraft gesetzt, die die Erfüllung der notwendigen Aufgaben des Staates sicherstellen und die Lebensmöglichkeit für unsere Arbeitslosen aufrecht erhalten soll. Diese Maßnahmen haben tief in alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen eingeschritten.

Sie verlangen schwerste Opfer von allen Teilen unserer Bevölkerung. Jede Möglichkeit, unsere Lage durch eigene Maßnahmen, ohne Hilfe von außen zu verbessern, ist ausgenutzt worden. Die wirtschaftliche Krise, an der die ganze Welt schwer leidet, trifft das deutsche Volk, das seiner Kraftreserven durch die Folgen des Krieges beraubt worden ist, mit besonderer Wucht.

Wie die Entwicklung der letzten Tage zeigt, hat die Welt das Vertrauen verloren, daß die deutsche Wirtschaft angeht. Die Löhne, die sie zu tragen hat, im Stande ist, zu arbeiten. Große Kredite, die das Ausland uns gegeben hatte, sind abgezogen worden. Allein in den letzten Tagen ist die Reichsbank gezwungen worden, ein Drittel ihrer Gold- und Devisenreserven an das Ausland abzugeben.

Die unvermeidliche Folge dieser Vorgänge muß eine weitere Schrumpfung unseres wirtschaftlichen Lebens und ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosenzahl sein, die schon mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung ausmacht. Die Lähmtheit und der Arbeitswille unseres Volkes rechtfertigen das Vertrauen, daß Deutschland sich diesen starken Eingriffen von außen gewachsen zeigen und seine privaten Verpflichtungen erfüllen wird, die auf ihm lasten und nicht geändert werden können.

Um Deutschlands Not in seiner Lage und das Vertrauen der Welt in unseren guten Willen zu erhalten, braucht Deutschland dringend Hilfe. Die Hilfe muß sofort kommen, wenn nicht ein Unglück uns alle heimsuchen soll. Unserem Volke muß die Möglichkeit gewährleistet sein, unter erträglichen Bedingungen zu arbeiten.

Die notwendige Hilfe würde in ihrer Wirkung auf die Krise eine Wohltat für alle Länder sein; sie würde die Verhältnisse in den anderen Ländern verbessern und wesentlich die Gefahr vermindern, die durch Not und Mangel an Hoffnung für Deutschland heraufbeschworen ist.

Sie, Herr Präsident, als Vertreter des großen amerikanischen Volkes, haben die Möglichkeit in Händen Schritte zu tun, durch die eine sofortige Besserung in der Lage für das deutsche Volk und für die Welt herbeigeführt werden kann.

Einberufung des Reichstags abgelehnt

Berlin, 16. Dez. Der Vizepräsident des Reichstages hat am Mittwoch vormittag die Anträge auf vorzeitige Einberufung des Reichstages von neuem abgelehnt. Für diese Anträge leiteten sich nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei ein, also keine Mehrheit des Reichstages. Unter dem Landvolk waren in der Vizepräsidenten-Sitzung alle Fraktionen vertreten. Die Landvolkpartei hatte in einem Brief an den Präsidenten Hildebrandt eine ablehnende Haltung gegenüber den Anträgen auf Einberufung des Reichstages schriftlich begründet. In dem Brief kommt zum Ausdruck, daß die Notverordnung eine Reihe grundlegender Forderungen des Deutschen Landvolkes erfülle oder doch der Erfüllung näher gebracht habe, und zwar nicht nur in landwirtschaftlichen Fragen, sondern auch bei dem durchgreifenden Abbau von Löhnen und Gehältern und dem Abbau erhöhter Preise und Preisplanken. Die Landvolkpartei erwartet durch Verhandlungen weitere Verbesserungen für die Betriebswirtschaft, kann sich aber eine solche durch Einberufung des Reichstages nicht verschaffen und ist deshalb gegen die Einberufung des Reichstages.

Da mit neuen Anträgen auf Einberufung des Reichstages noch vor dem 23. Februar zu rechnen ist, wurde als Termin für den Wiederantritt des Reichstages zur Entscheidung über solche Anträge der 11. oder 12. Januar in Aussicht genommen.

Staatssekretär Dr. Händer teilte zu Beginn der Sitzung im Namen der Reichsregierung erklärt, daß die schon mehrfach dargelegten Gründe gegen die Einberufung des Reichstages weiter bestehen und verhärtet seien durch die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen.

Der gordische Knoten

Das Durcheinander der internationalen Verhandlungen

Allgemein erwartet man, daß im Januar dieses Jahres in Brüssel eine große Konferenz aller an den Reparationen interessierten Regierungen stattfinden wird. Immer deutlicher zeigt sich, daß man auf dem bisher eingeschlagenen Weg nicht weiterkommt. Augenblicklich finden sowohl in Berlin wie in Basel überaus wichtige Verhandlungen statt, die die Grundlagen für die Besprechungen in Brüssel bilden werden. In Berlin verhandelt man hinter verschlossenen Türen. In Basel, wo der Ausschuß der V. V. J. tagt, werden kurz gehaltene Pressekommentare ausgegeben, die im wesentlichen nur zeigen, wie die Verhandlungen weitergehen. Während man ursprünglich anahm, daß man in Basel noch nach Weihnachten zusammenkommen werde, besteht jetzt begründete Aussicht dafür, daß das Gutachten der V. V. J. bereits am Dienstag, den 22. Dezember, fertiggestellt wird, wobei es unwahrscheinlich ist, ob der Bericht den Namen eines Mannes oder den mehrerer Experten-Vertreter von verschiedenen Nationen trägt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Basler Gutachten die Annehmlichkeit Deutschlands, weitere Reparationszahlungen zu leisten, für einen vorläufig nicht absehbaren Zeitraum anerkennt. Aus den vielen Referaten, die gehalten wurden, sei noch einmal besonders auf die Rede des holländers Colijn, des früheren Vizepräsidenten der Weltwirtschaftskonferenz verwiesen, der klar und deutlich aussprach, daß die Reparationszahlungen einer der Hauptfaktoren der Weltkrise seien. Wenn auch der französische Sachverständige Professor Riff, der mit einer gebundenen Marschroute nach Basel gekommen ist, gegen alles protestieren mußte, was dafür angeführt wurde, daß die Reparationszahlungen nicht länger durchführbar sind, so hat sich doch das Sachverständigen-Gremium im allgemeinen nicht durch politische Erwägungen leiten lassen, sondern sich einfach an nackte Tatsachen gehalten.

Die Stillhalte-Verhandlungen in Berlin führten bis jetzt — dieses Eindringen kann man sich nicht erwehren — zu einer großen Enttäuschung auf beiden Seiten. Die ausländischen Bankiers sind sowohl über die Höhe der kurzfristigen deutschen Verschuldung unangenehm überrascht, wie durch die Tatsache, in wieweit geringem Umfange eine Zahlungsfähigkeit besteht. Auf deutscher Seite hat man von Anfang an viel größere Zugeständnisse erwartet, wie sie tatsächlich von den Bankiers bisher gemacht worden sind.

Aber im Hintergrund dieser beiden Verhandlungen in Basel und in Berlin steht die Weltpolitik, die — rein äußerlich betrachtet — zu einer so verwickelten Situation geführt hat, daß der gordische Knoten fast unlösbar erscheint. In Amerika, England und Frankreich sind so viel Reden zum Fenster hinaus gehalten worden, daß bei Verharren auf diesem Standpunkt ein Mißerfolg aller bisherigen Bemühungen sicher ist. Der amerikanische Kongress hat sich mit ganz unerwarteter Schärfe gegen alles weitere Entgegenkommen Hoovers gewandt. In selbst die Ratifizierung des Moratoriums war ungewiss, womit eine Reihe von Ländern, die am 15. Dezember Zahlungen zu leisten hätten, in Verzug geraten wären. Darüber hinaus ist eine erhebliche Verschärfung der Tendenz dadurch eingetreten, daß die amerikanischen Senatoren jede weitere Verhandlung über Erlass von Schulden ablehnen. Zum Teil ist diese brüste Stellungnahme auf das Verhalten Frankreichs zurückzuführen, das anläßlich des Beginns der Be-

ratungen des V. V. J.-Ausschusses in Basel an alle Regierungen eine Note gerichtet hat, in der es mitteilte, daß nur insoweit eine Reparationsverminderung in Frage käme, wie sie durch entsprechende Kriegsschuldenstreichung ausgeglichen werde. England, das in einer überaus schwierigen Situation ist, wird von einer anderen Seite her das Reparationsproblem aufrollen. Man beruft sich auf die Valfour-Note des Jahres 1922, in der erklärt wurde, daß England nur so viel an Kriegsschulden bezahlen werde, wie es an Reparationen bekommt. Tatsächlich war es bisher so, daß die deutschen Zahlungen an England direkt an Amerika weitergingen, so daß es nicht wie Frankreich einen Ueber-schuß erhielt. Bei Beibehaltung der augenblicklichen Reparationsregelung würde England keine Zahlungen von Deutschland in Pfunden bekommen, also etwa 30 Prozent weniger, als es bisher erhielt, während es andererseits an Amerika in Dollar zu zahlen hat, also 30 Prozent mehr bezahlen muß. Schon allein daraus geht hervor, daß England besonders interessiert an einer Neuregelung der Reparationen ist.

Werden die Staaten, die an den Reparationsleistungen Deutschlands interessiert sind, den unausgeglichenen Standpunkt, den sie jetzt einnehmen, beibehalten? Davon hängt nicht allein das Schicksal der für Januar erwarteten Konferenz in Brüssel ab, sondern das Schicksal der ganzen Welt. Alle Staaten befinden sich in einer Zwangslage. Man weiß in Amerika sehr wohl, daß Deutschland nicht gleichzeitig Reparationen und Rückzahlungen auf seine Kredite leisten kann. Die Situation der Banken ist durch die Auswüchse der Wirtschaftskrise äußerst schwierig. Ihnen liegt daran, die Forderungen, die sie auf Grund privater Verträge an Deutschland haben, voll in der Bilanz als Aktiva einzuklagen. Darum müssen sie sich mit kleinen Rückzahlungen zu niedrigen Zinsen abfinden, um zu verhindern, daß diese in viele Milliarden gehenden Forderungen verloren werden. England ist in einer Zwickmühle. Die Forcierung des deutschen Außenhandels hat seine Lage außerordentlich erschwert. Andererseits weiß man in London, daß die Außenhandelssteigerung die einzige Möglichkeit ist, überhaupt irgendwelche Zahlungen zu leisten. Die Frage der Reparationen zu einem Fallstrich werden, wenn sie nicht für London zu einem Fallstrich werden soll. Und auch Frankreich befindet sich trotz seiner großen Worte schon jetzt in einer schwierigen Situation. Nachdem der Konjunkturrückgang eingetreten ist und diese letzte Inzelle des Wohlstandes von allen Seiten bedroht wird, wird man in Paris einsehen müssen, daß mit der stereotypen Erhebung immer derselben Forderungen nichts gebessert wird. Eine Annäherung zwischen deutschen und französischen Wirtschaftskreisen wird schon seit Wochen versucht. Deutsche Wirtschaftler waren in Paris, französische sind jetzt in Berlin.

All das läßt erkennen, daß die Sprache der Tatsachen zu einer Verständigung geradezu zwingt. Wird sie wieder durch das mißtönende Geschrei der großen Politik über-tönt werden? Wird die Wirklichkeit endlich einmal ab-folgen? Nur so ist der gordische Knoten zu durchschlagen, wie es der Reichskanzler Brüning in seiner großen Kund-schrede gefordert hat, durch großzügige Lösungen und Opfer auf allen Seiten. Sind wir jetzt endlich soweit, daß diese Erkenntnis Allgemeinut der Welt geworden ist?

Hitler an Brüning

München, 16. Dez. Die als Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ veröffentlichte Antwort Hitlers auf die Kund-schrede des Reichskanzlers Brüning geht davon aus, daß die Richtig-keit oder Unrichtigkeit einer geistigen Leistung nur durch den wirklichen Verlauf der Ereignisse bewiesen werde. Hitler erklärt dann, die Partei sei jederzeit bereit, vom Reden abzugeben und die Verantwortung zu übernehmen. In der Frage der Legalität sei er mit allen Führern und Parteigenossen in voller Ueberein-stimmung, ausgenommen von jenen, die ihm von anderer Seite als Spindel in die Partei hineingeschickt worden seien, für die aber nicht er verantwortlich zu machen sei. Hitler gibt dann zu, daß es in seiner Partei einzelne Führer gegeben habe, die mit seiner Legalitätsauffassung nicht übereinstimmen, erklärt aber, daß diese Führer enger Beziehungen zu amtlichen deutschen Stellen gehabt hätten als er selbst, und sagt, daß solche Männer ohne weiteres aus der Partei entfernt worden seien. Weiter heißt es, er habe seinen treuen Anhängern Waffenlosigkeit be-fohlen, aber den Befehl, sich wehrlos abzuschlachten zu lassen, könne

der Reichskanzler nicht verlangen, und er könne ihn nicht erteilen.

Die Nationalsozialisten respektieren die Verfassung im Kampfe um die politische Macht und hoffen, daß es ihnen möglich sein werde, dem deutschen Volke eine neue und ihres Erachtens ne-jährere Verfassung zu geben.

Kongress und Schuldenstreichung

Washington, 16. Dez. Die fälligen Raten der alliierten Schulden an Amerika im Gesamtbetrag von 31 Millionen Dollar als Abzahlung auf die Schuldbeträge von 92 Millionen Dollar Zinsen sind nicht bezahlt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet indessen die Schuldner deswegen nicht als in Verzug befindlich. Dafür tobte eine umso heftigere Redebühne hierüber im Bundeskongress, besonders im Unterhaus, wo der Abgeordnete Mac Badden, der gegen die Verlängerung des Hoovermoratoriums oatierte und sich in maßloser Weise gegen Prä-

Neues vom Tage

Verschiebung aller sozialen Wahlen um ein Jahr

Berlin, 16. Dez. Nachdem die Hauptpunkte der Notverordnung vom 8. Dezember, die für jeden einzelnen Staatsbürger von größter Bedeutung waren, nun einigermaßen verhandelt werden konnten, ist es jetzt auch möglich und notwendig, auf eine Bestimmung einzugehen, die bisher wenig Beachtung gefunden hat. Es ist dies die in Teil 6, Kapitel 2 der Notverordnung enthaltene Ermächtigung der Regierung, die im nächsten Jahre fälligen sozialen Wahlen um ein Jahr zu verschieben. Diese Ermächtigung, von der die Regierung, wie wir hören, voraussichtlich in jedem Falle Gebrauch machen wird, wird in Gewerkschaftskreisen, aber auch von Unternehmerseite, allgemein begrüßt. Sie ist geschaffen worden einmal, um die politische Unruhe, die bei jeder Wahl entsteht, aus den Betrieben zu bannen und so ein störungsfreies Arbeiten zu ermöglichen, zum anderen aber, um Kosten zu sparen.

Gödeler senkt Weinsteuertarife

Berlin, 16. Dez. Preisminister Dr. Gödeler, der gleichzeitig Oberbürgermeister von Berlin ist, geht mit der Senkung der kommunalen Tarife in Leipzig mit gutem Beispiel voran. Zu Beginn des Jahres wird der Straßenbahnfahrpreis um 20 v. H. gesenkt werden. Auch auf eine Verringerung der Gas- und Strompreise hat er einwirken. Diese Maßnahmen soll gleichzeitig zeigen, in welchem Ausmaß eine Senkung der städtischen Tarife erstrebt wird.

Einlubrtkontingente für Butter und Holz?

München, 15. Dez. Gegen die ausländische Konkurrenz in Butter und Holz hat der Reichsminister Schiele eine Abordnung des bayerischen Christlichen Bauernvereins durchreichende Maßnahmen in Aussicht gestellt. Nach der „Bayerischen Volksparteiressonanz“ sollen sich diese Maßnahmen an „Vorbilder“ anlehnen, die Frankreich, Dänemark und in neuerer Zeit auch die Schweiz mit ihren Schutzmaßnahmen für die heimische Produktion gegeben haben. Es ist wahrscheinlich eine Kontingenterung der Einfuhr zu erwarten.

Um Schlageter

Das „Publikationsorgan der Deutschen Friedensgesellschaft“ brachte es kürzlich fertig, einen Schmähauflauf über den deutschen Volkshelden Schlageter zu bringen und ihn mit den Mördern wie Kürten und Haarman auf eine Stufe zu stellen. Der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jares nimmt in einem Brief an den Verlag „Das Andere Deutschland“ zu diesen Niedertrachtigkeiten folgende Stellung: „Die Schmähung ist das Niederträchtigste, was jemals eine Schmierhand hingegeben hat. Als am 28. Mai 1923 Albert Leo Schlageter unter den Augen der Franzosen auf der Golzheimer Heide geendet hatte, trat der französische Offizier, welcher das Exekutionkommando befehligte, an die Leiche heran und senkte tieferrgriffen den Kopf vor der sterblichen Hülle des Mannes, der hunderte Male sein Leben für sein Vaterland in die Schanze geschlagen hatte und als ein Held für sein Volk gestorben war. So ehrte ritterlich der Feind den Feind. Wenn der feige Geselle, der ohne Veranlassung und ohne seinen Namen zu nennen, heute das Andenken Schlageters zu beschmutzen versucht, ein Deutscher ist — und ich kann das nicht glauben — so hätte er verdient, daß ihm die Knochen im Leibe zerklüftet werden.“ Dr. Jares.

Ein trefflicheres Urteil über das zersetzende Litteratengestübel, das im deutschen Volke immer noch sein Unwesen treibt, kann man nicht fällen.

Schwere Schneefürne in Schweden

Stockholm, 15. Dez. In ganz Schweden wüteten schwere Schneefürne, die großen Schaden angerichtet haben. Telefon-, Telegraf- und elektrische Leitungen sind vielfach zerstört worden. Die Telegrafenerbindung mit Deutschland und Finnland wurde gänzlich unterbrochen. In Wäby auf Gotland wurde eine Windstärke von 35 Sekundenmetern gemeldet. Ein Schiff mit 5 Mann Besatzung wurde vom Sturm abgetrieben und konnte bisher nicht geborgen werden. Auch der Eisenbahnverkehr hat viele Störungen erlitten.

Aus Stadt und Land

Mittenfeld, den 17. Dezember 1931.

Sonntags- und Arbeiterzufahrten zu Weihnachten und Neujahr. Um einen zu starken Andrang zu den am 23. Dezember nachmittags abfahrenden Zügen zu vermeiden, wird die Geltungsdauer der Sonntagszufahrten auch auf den Vormittag des 23. Dezember ausgedehnt. Die Sonntagszufahrten gelten daher zur Hinfahrt an allen Tagen vom Mittwoch, 23. Dezember, bis Sonntag, 3. Januar; zur Rückfahrt an allen Tagen vom Mittwoch, den 23. Dezember, bis Montag, 4. Januar, 9 Uhr. Am Montag, 4. Januar, muß die Rückfahrt auf dem Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 9 Uhr angetreten oder fortgesetzt werden. Die Benutzung von Eil- und Schnellzügen ist an allen Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlages zugelassen. Ferner werden über Weihnachten noch **weitere Sonntagszufahrten** ausgegeben: In Stuttgart Hbf. nach Basel, Berlin, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Halle (Saale), Hamburg-Altona, Hannover, Kassel, Koblenz, Köln, Leipzig und Offenburg; in Heilbronn Hbf. nach Berlin, Erfurt und Leipzig; in Tübingen Hbf. nach München und Pforzheim; in Ulm nach Berlin, Chemnitz, Dresden, Freiburg (Breisgau), Leipzig und Nürnberg. **Arbeiterzufahrten** können in diesem Jahr bereits vom 19. Dezember ab benutzt werden. Die Geltungsdauer derselben ist vom 19. bis 27. Dezember gelassen. Arbeiterzufahrten wird bis zum 4. Januar einschließlich verlängert.

Oberhangstett, 15. Dezember. Bei der Gemeinderatswahl haben von 235 Wahlberechtigten 183 gleich 78 Prozent abgestimmt. Wiedergewählt wurden: Jakob Koller, David Scharle und Sonnenwirt Seeger. Gemeindevorsteher David Koller, welcher 36 Jahre als Gemeindevorsteher am Rathaus seinen Mann stellte, lehnte altershalber eine Wiederwahl ab. Neu hinzugewählt wurden: Jakob Hartmann, Schmied, und Karl Walz.

Bom Oberamtbezirk Freudenstadt, 16. Dezember. Das Oberamt macht bekannt: Die Beschlüsse der Amtversammlung vom 10. Oktober ds. J., betreffend 1. die Aufhebung der Bezirkskommission über die Aufstellung einer Krankenhauskommission und 2. die Bezirkskommission über die Umlage des Aufwands für die Verwaltungsakture hat die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperverwaltungsverwaltung am 3. ds. Mts. für vollziehbar erklärt.

Herzogsweller, 16. Dezember. (Ein gesundes Geschlecht.) Am letzten Sonntag ist die älteste Bürgerin in der Gesamtgemeinde Herzogsweller, Marie Raft, ledige Landwirtin, im 81. Lebensjahr gestorben. Dieselbe war immer gesund und hat kaum einmal einen Doktor gebraucht. Ihre Mutter wurde 84 Jahre alt, die Großmutter ebenfalls.

Herrenberg, 15. Dezember. Der Milchpreis ermäßigte sich ab 1. Januar auf 22 Pfennig ab Stall. Eine weitere Herabsetzung des Preises wurde als unmöglich betrachtet.

Oberndorf a. N., 16. Dezember. (Ein Schwindler in Kajuniform.) Vor einigen Tagen tauchte hier ein etwa 30 Jahre alter Burche, welcher sich auf der Wanderschaft befindet, auf. Von einem Bekannten aus Neßkirch in Baden hat sich der Gauner eine Kajuniform gepumpt und in dieser reist er jetzt landauf, landab und besucht Parteimitglieder und pumpt diese um Geld und Unterstellungen an. In Ragold verübte der Burche in einem Hause, wo ihm Gastfreundschaft gewährt wurde, einen Diebstahl von über 8 Mark. In Forb erschwindelte er einen Betrag von 25 Mark, indem er dort bei Parteigenossen vorgebracht hat, daß sein Freund bei einer politischen Schlägerei verwundet worden sei und er benötige jetzt Mittel, daß er den verwundeten Kameraden in das Krankenhaus schaffen könne. In Wirklichkeit hat es sich herausgestellt, daß der Betrüger gar nicht Parteimitglied der NSDAP ist. Die Polizei hat festgestellt, daß es sich in dem Betrüger um den stellenlosen Goldarbeiter Karl Fischer aus Pforzheim handelt, welcher sich auch zuweilen falsche Namen zulegt. Vor dem Betrüger wird gewarnt.

Stuttgart, 16. Dez. (Gedenktafel für Albert Schäffle.) An dem Hause Urbanstraße 53 in Stuttgart, wo der Nationalökonom und einflussige österreichische Minister Dr. Albert Schäffle gewohnt hat und auch gestorben ist, wurde eine Gedenktafel in Bronze angebracht. Sie zeigt das als Hochrelief ausgeführte Bildnis Schäffles und dazu folgende Inschrift: „Albert Schäffle, Nationalökonom und Sozialpolitiker, wohnte und starb hier in diesem Hause, 25. Dezember 1903. Zum Gedächtnis seines 100. Geburtstages 1931.“ Bekanntlich hat die Stadtgemeinde Nürtingen, die Geburtsstadt Schäffles, ihrem berühmten Sohn zu Ehren dieses Frühjahr in einer öffentlichen Anlage in Nürtingen einen Schäffle-Gedenkstein errichtet.

Schulferien im Rundfunk. Mit Beginn des neuen Jahres will laut „Südd. Zeitung“ der Süddeutsche Rundfunk den Schulfern in seinen Arbeitsplan aufnehmen. Mit Zustimmung der württembergischen und badischen Kultministerien soll vorläufig jeden Samstag — zum erstenmal am 9. Januar — vormittags 11.35 bis 12 Uhr Schulfern gesendet werden. Die Sendungen sollen in erster Linie den oberen Klassen der Volksschulen und der höheren Schulen zugänglich gemacht werden. Geplant sind zunächst je einmal monatlich deutsche Sprachproben, Erd- und Völkerkunde, Instrumentenkunde und ein Hörspiel.

Malen, 16. Dez. (Wahlkuriosum.) Bei der hiesigen Gemeinderatswahl wurden zwei Brüder gewählt, der eine bei den Nationalsozialisten, der andere beim Zentrum; der Schwiegervater des ersteren ist ebenfalls beim Zentrum. Nach der neuen Gemeindeordnung soll in Gemeinden über 10 000 Einwohnern keine Schwierigkeit für den Eintritt und das Zusammenarbeiten aller drei bestehen.

Keutlingen, 16. Dez. (Oberbürgermeister Halter vor Gericht.) Am 17. Dezember findet die Verhandlung gegen den Oberbürgermeister Dr. Haller-Keutlingen statt, der sich wegen jenes anonymen Briefes, durch den sich 12 Keutlinger Persönlichkeiten beleidigt fühlten, vor dem Großen Schöffengericht in Tübingen zu verantworten haben.

Hedingen, 16. Dez. (Sechs Einbrüche in einer Nacht.) In der Nacht zum 15. Dezember wurden in Hedingen zwei schwere Einbruchdiebstähle im Goldwarengeschäft Stengel und im Kolonialwarengeschäft Oswald Badenmaier verübt und vier weitere Einbruchdiebstähle in der Gastwirtschaft und Konditorei zum Hugo, im Goldwarengeschäft Bidingmaier, im Installationsgeschäft Otto Strobel und im Schuhwarengeschäft Kalbacher verübt. Im Goldwarengeschäft Stengel wurden Uhren und Goldwaren im Werte von etwa 2000 RM., im Kolonialwarengeschäft Badenmaier die Ladenkasse mit einem Inhalt von etwa 10 RM. und einige tausend Zigaretten entwendet. Der Tat dringend verdächtig sind zwei Männer im Alter von etwa 25 Jahren.

Dellmensingen Oß. Laupheim, 16. Dez. (Einbruch in Bahnhofs.) In der Nacht auf Montag wurde im Dienstgebäude der hiesigen Eisenbahn-Haltestelle ein Einbruch verübt. Der Dieb schlug ein Fenster des Wartesaales ein und gelangte in das Gebäude. Um zur Kasse zu kommen, drückte er am Schalterfenster einige der kleinen Scheiben ein und arbeitete mit einem Stemmeisen. Es war ihm aber nicht möglich, die Schublade der Kasse zu erreichen und mußte so ohne Beute abziehen.

Friedrichshafen, 16. Dez. (Besuch.) Der Erbauer des amerikanischen Luftschiffes RGS 4, Dipl.-Ing. Dr. Arnstein, Vizepräsident der Goodyear-Zeppelin-Corporation in Akron (Ohio), ist hier eingetroffen. Er wird sich hier einige Wochen aufhalten und mit Dr. Edener und Dr. Dürr Besprechungen haben.

ident Hoover und die „Prodeutschen“ Bankiers in Newyork auslieh. Mac Hadden, der seit Zusammenritt des neuen Kongresses als Republikaner und Mitglied der Minderheit nicht mehr Vorsitzender des Bankauschusses ist, diesem aber noch angehört, lehnte Hoover eine neuen Amtseid verleiht, als er mit fremden Kreditoren ein Moratorium beschloß. Die Schuldenabkommen zwischen den Alliierten seien keine internationale Verträge, jenseit Amerika in Frage komme, sondern Finanzgesetze Amerikas, und die könne Hoover nicht antasten. Wenn nicht die deutschen internationalen Bankiers in Newyork, nämlich Kuhn, Loeb und Co., Seligmann und Paul Warburg, schon lange die Streichung der alliierten Schulden im deutschen Interesse geplant hätten, so wäre Hoover nie zum Präsidenten gewählt worden. Mac Haddens Fraktionsvorsitzender Chipewald wies diese unerhörten Beschuldigungen zurück und ließ die Bemerkung fallen Mac Hadden sollte der Nachwelt als abschreckendes Beispiel vorgehalten werden wie tief ein Abgeordneter sinken könne. — Im Finanzausschuss des Unterhauses, der zur Zeit den Moratoriumsentscheidungs berät, erklärte Schatzamtssekretär Mills, es wäre eine ewige Schande für Amerika, wenn der Kongreß das Moratorium ablehnte, da im Juni 276 Parlamentarier, darunter mehr als zwei Drittel Senatoren, dem Präsidenten Hoover auf dessen Anteaue ihre Zustimmung zu seinen Plänen erklärt hätten. Heute wird Schatzsekretär Mellon im Ausschuss gehört werden, und morgen wird die Vorlage an das Plenum gehen. Nach Ansicht der Fraktionsführer ist das Moratorium deswegen in eine so feindliche Stimmung geraten, weil es in der Sonderbotschaft des Präsidenten mit der Frage einer weiteren Reduzierung oder Beseitigung der alliierten Zahlungen verknüpft worden sei.

Die „Washingtoner Post“ veröffentlichte eine Zusammenfassung des Kreditsamtes. Danach hätten 1930 für Richtigungen ausgegeben: Großbritannien 808, Frankreich 547, Italien 322, Polen 123, Rumänien 67, Jugoslawien 47, Tschechoslowakei 41, Belgien 23 Millionen Dollar. Dieser Summe von 1779 Millionen Dollar fänden die diesjährigen Schuldbeträge dieser Staaten an Amerika mit insgesamt nur 243 Millionen Dollar gegenüber. Man gäbe 1779 Millionen Dollar für Kriegserstattung aus und wolle 243 Millionen Dollar Schulden nicht bezahlen, und Frankreich, das 22 Prozent seines Gesamtbudgets für Kriegserstattung ausgeben müsse, sich mit sich selbst in Widerspruch, wenn es seinen Premierminister nach Washington sende in der Absicht, die Kosten des europäischen Krieges den amerikanischen Steuerzahlern aufzubalancieren. Im Senat warret man die Erledigung des Moratoriums durch das Unterhaus ab, bevor man die Beratung im Ausschuss beginnt, da Finanzgesetze stets zunächst durch das Unterhaus gehen müssen. Trotzdem wurde auch im Senat heute von Reed und anderen eine Streichung der alliierten Schulden schroff abgelehnt.

Die Durchführung der Mietensenkung

Berlin, 16. Dez. Von der Reichsregierung ist eine Verordnung zur Durchführung des Kapitels „Mietensenkung“ der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vollzogen worden. Es kam der Reichsregierung darauf an, mit größter Beschleunigung eine rechtliche Grundlage für eine möglichst reibungslose Durchführung der Mietensenkung zu schaffen und die auf diesem Gebiet zunächst bestehende Rechtsunsicherheit tunlichst zu beseitigen. Sollte dieses Ziel ohne Zeitverlust erreicht werden, so mußte die Durchführungsverordnung sich darauf beschränken, diejenigen Fälle zu regeln, die in der Praxis die überwiegende Rolle spielen und deren einheitliche Regelung für das ganze Reich unbedingt erforderlich erschien. Im übrigen ist den Völkerverordnungen im weitesten Umfang das Recht eingeräumt worden, von sich aus die weiterhin erforderlichen Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen zu erlassen und für bestimmte Fälle Ausnahmen von der allgemeinen Mietensenkung zuzulassen.

Die Durchführungsverordnung legt allen Vermietern die Pflicht auf, den Mietern unverzüglich den Mietzins mitzuteilen, der für die mit dem 1. Januar 1932 beginnende Mietzeit zu zahlen ist. Das gilt für alle Mietverhältnisse über Wohnraum und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten. In der weiteren Behandlung bestehen zwischen Alt- und Neubauten erhebliche Unterschiede.

In Neubauten

Beträgt die Mietensenkung bekanntlich bei Geschäftsräumen und Wohnungen ohne Rücksicht darauf, ob gesetzliche oder vereinbarte Miete gezahlt wird, 10 v. H. der Friedensmiete, Mietermehrgewinnen, die der Vermieter im Laufe des Jahres 1931 ausstanden hat, dürfen auf die gesetzlich vorgeschriebene Mietensenkung angerechnet werden. Nur in den Fällen, in denen sich die Miete deswegen ermäßigt hat, weil die Friedensmiete auf Grund des Paragraphen 2 des Reichsmietengesetzes neu festgesetzt worden ist oder in denen der Mieter sich auf die gesetzliche Miete berufen hat, ist die Anrechnung ausgeschlossen. Die Neuberechnung der Miete auf dieser Grundlage wird bei Neubauten im allgemeinen kaum Schwierigkeiten machen. Soweit das doch der Fall sein sollte, entscheidet das Mieteinigungsamt oder eine andere von den Ländern hierfür bestimmte Stelle.

Bei Neubauten

Bei solchen Bauten, die nach dem 1. Juli 1918 demastfertig geworden sind, ist nach den Vorschriften der Notverordnung die Mietensenkung individuell vorzunehmen, indem der Betrag, um den der Vermieter durch die Zinsberabsetzung entlastet wird, bei der Miete in Abzug gebracht wird. Bei mehreren Wohnungen desselben Grundstückes ist der ersparte Betrag auf die einzelnen Mieter anteilig nach der Höhe des Mietzinses zu verteilen. Bei einem Teil der Neubauten kann die Feststellung der neuen Miete mit Schwierigkeiten verbunden sein und eine gewisse Zeit erfordern, da beispielsweise eine völlige Klarheit über die Auswirkung der Zinsenkung erst nach Erscheinen der hierzu erforderlichen Durchführungsbestimmungen möglich ist. Das gilt vor allem in den Fällen, in denen die Hypothek aus ausländischem Kapital gesetzt wurde.

Die Verordnung zur Durchführung der Mietensenkung sieht vor, daß in solchen Fällen der Vermieter den Mietern eine vorläufige Mitteilung über die im Januar 1932 zu zahlende Miete zusammenstellen muß. Den in der vorläufigen Mitteilung angegebenen Betrag müssen die Mieter vorbehaltlich endgültiger Mietfestsetzung zahlen. Spätestens bis zum 25. Januar 1932 muß auch bei Neubauten der Vermieter den endgültigen Mietbescheid erstellen. Die Länder haben Stellen zu bestimmen, die im Streitfälle über die Mietermehrgewinne bei Neubauten zu entscheiden haben. Im allgemeinen dürften hierfür nicht die Mieteinigungsämter bestimmt werden, die bisher mit den Neubauten noch nicht befaßt gewesen sind, sondern diejenigen Stellen, die bisher die Hauszinssteuer vergeben haben und denen daher die Verhältnisse der Neubauten bekannt sind.



Nus Baden

Donaueschingen, 15. Dezember. Am 11. d. M. hat sich der Gefreite Stahl der 7. Komp. des Inf.-Regts. 14 in Donaueschingen das Leben genommen. Besondere Gründe dienstlicher oder außerdienstlicher Art für den dauerlichen Entschluß des brauchbaren und pflichterfüllenden Soldaten liegen nicht vor. Nach Ansicht seiner Kameraden ist er darauf zurückzuführen, daß Stahl glaubte, nicht in der Lage zu sein, das Ziel des Unteroffizier-Vehrkommandos, zu dem er kommandiert war, erreichen zu können, obwohl ihm erst vor etwa drei Wochen von seinen Vorgesetzten das Gegenteil versichert worden war.

Margzell im Albtal, 15. Dezember. Der Sohn des Försters Eisele, der vor einigen Tagen beim Spielen mit dem Gewehr des Vaters durch einen Schrotschuß, der noch im Gewehrlauf steckte, eine schwere Leberverletzung erlitten hat, ist jetzt gestorben.

Der Justizarrondissement in Koblentz ist weltbekannt. Haben doch selbst Abgeordnete der Sozialregierung dort Justiziere für Rußland erworben. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise sind die Preise bei der letzten Versteigerung, 19. November 1931, auf 400 bis 1000 Mark das Stück oder im Durchschnitt auf 627 Mark gefallen gegen 1327 Mark Durchschnittspreis, der bei der Versteigerung am 7. März 1930 noch erzielt wurde. Den Vorteil aus dem Preissturz haben in erster Linie die Landgemeinden, deren Haushalte durch die hohen Preise für Justizarten bisher sehr hart beeinflusst wurden. Wenn auch die Verkaufspreise für abgehende Waren auf etwa die Hälfte gesunken sind, so ist der Unterschied zwischen Ankauf- und Verkaufspreis doch kaum noch die Hälfte gegenüber früheren. Die oberbayerische Landwirtschaft, die keine Handelspflanzen anbauen kann, hatte bis jetzt aus der Züchtung von Justiztieren löhnende Ergebnisse erzielt.

Vahr, 14. Dezember. (Erfolgreiche Versteigerung.) Die Versteigerung im Zwangsverfahren über die Honnefwerke in Dinglingen umfaßte die Grundstücke des Fabrikanten Hermann Honnef und das Anwesen der Honnef-Werke. Es wurden insgesamt etwa 50 Versteigerungsgegenstände ausgerufen. Bedeutendvoll für das ganze Versteigerungsverfahren war die Bestimmung der neuesten Rotverordnung, daß bei einer Zwangsversteigerung der Zuschlag nach einem Angebot nicht erfolgen darf, wenn dieses nicht 70 v. H. des Einheitswertes erreicht. Es wurden auf alle Versteigerungsgegenstände so ersprechend niedrige Angebote gemacht, daß von einem Zuschlag keine Rede sein konnte. Auf Antrag sämtlicher Gläubiger wurde das Vollstreckungsverfahren einstweilen eingestellt.

Wöhrenbach, 16. Dezember. Der hiesigen Gendarmerteilung ist es gelungen, in einer abgelegenen Hütte unweit von Wöhrenbach, im Zinten Zucheloch, drei Burschen zu entdecken, die sich seit Wochen in derselben häuslich aufgehalten haben. Es wurde ein größeres Lager von Lebensmitteln usw. aufgefunden. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß einer der Burschen auch im Zusammenhang mit den vor Wochen in Bilingen vorgekommenen zahlreichen Diebstählen steht u. deswegen auch gefahndet wurde. Sie wurden sofort in das Amtsgefängnis eingeliefert.

Bahnhofserweiterung Eutingen

Die Bauarbeiten der Bahnhofserweiterung Eutingen bei Horb sind schon vor mehreren Jahren in Angriff genommen und auch in diesem Jahr weiter gefördert worden.

Der Bahnhof muß in östlicher Richtung verlegt werden. Die neue Lage des Bahnhofs ermöglicht es, die Züge von Stuttgart nach Freudenstadt und umgekehrt ohne Spitzkehre in Eutingen durchzuführen. Die Gleise der Linien von Freudenstadt nach Forzheim münden künftig nicht mehr von Osten, sondern über einen neuen Verbindungsbogen von Westen in den Bahnhof Eutingen ein. Auf dem neuen Bahnhof sind vier Bahnsteige mit acht Bahnsteiggleisen vorgezogen, die unter sich und mit dem auf der Südseite der Gleise geplanten Empfangsgebäude schienenfrei durch eine Unterführung verbunden werden. Zwischen den Gleisen nach Horb und nach Hochdorf wird eine Lokomotivbehandlungsanlage mit Lokomotivschuppen, Drehscheibe und den sonst erforderlichen Betriebsrichtungen erstellt. Neben diesen Anlagen sind einige Abstellgleise für Personenzugsausrüstungen und außer Dienst gestellte Güterwagen Platz. Die Gleisverbindung, auf der heute noch die Züge von Freudenstadt und Forzheim in den bestehenden Bahnhof Eutingen einfahren, bleibt als solche bestehen, wird aber künftig nur noch von Güterzügen der Rinsig- und Nagoldbahn auf dem Wege nach und von dem Rangierbahnhof Horb befahren. Auf dieser Seite des Bahnhofs entsteht also ein förmliches Gleisdreieck. Der Ortsgüterbahnhof Eutingen bleibt an der alten Stelle erhalten. Weichen und Signale werden von drei Stellwerken aus auf elektrischem Wege bedient.

Ueber den augenblicklichen Bauzustand ist zu berichten, daß die neue Bahnhoffläche mit dem Verbindungsbahn zum Anschluß an die Strecke nach Hochdorf größtenteils fertig hergestellt ist. Ebenso sind die Bahnsteigunterführung und einige Bahnsteiggleise bereits ausgeführt. Der Zugbetrieb der Gäubahn ist von den alten Streckengleisen auf die beiden neu hergestellten Hauptgleise 2 und 3 des neuen Bahnhofs übergeleitet worden. Dadurch ist der Raum für die Fertigstellung des Bahnhofs auf der Freudenstädter Seite freigeworden. Zunächst sind noch kleinere Erdarbeiten auszuführen. Sodann sollen die Oberbauarbeiten der noch fehlenden Gleise und die Stellwerksanlagen in Angriff genommen werden. Gleichzeitig sind die Hochbauten des neuen Empfangsgebäudes und des Lokomotivschuppens mit den nötigen Wohnungen, Aufenthalts- und Ueberräumräumen herzustellen. Es ist zu hoffen, daß es unter Zuhilfenahme von Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge gelingt, den neuen Bahnhof in nicht allzuferner Zeit in Betrieb zu nehmen.

Tagung des Landeseisenbahnrats

Stuttgart, 16. Dez. Am 12. Dezember hat bei der Reichsbahndirektion Stuttgart die 11. Tagung des Landeseisenbahnrats stattgefunden. Präsident Dr. Siegel verband mit der Begrüßung der erschienenen Mitglieder die Mitteilung über die Venderungen, die in der Zusammenfassung des Landeseisenbahnrats eingetreten sind; Kaufmann Friz belmühader in Stuttgart ist zum stellv. Mitglied gewählt worden. Regierungsrat Dr. Scherer in Starnbrunn und Geschäftsführer Friedrich Schmidt in Frankfurt (Oder) haben die Mitgliedschaft aufgegeben. In der Eröffnungsansprache führte Präsident Dr. Siegel aus, es sei bedauerlich, daß bei jeder Tagung auf die weitere Verflechtung in der Finanzlage der Reichsbahn hinweisen werden müßte. Das Ge-

schäftsjahr 1931 werde in der Betriebsrechnung mit einem Abmangel von etwa 568 Millionen RM. abschließen gegen 5125 Millionen RM. im Vorjahr. Für 1932 seien die Aussichten noch trüber. Das Gebot äußerster Sparsamkeit werde natürlich auch die Fahrplanaufstellung entscheidend beeinflussen. Sodann gab er einen Überblick über den Stand der Bauarbeiten. Im Direktionsbezirk Stuttgart werde s. Bt. am meisten gebaut. Auf einer Reihe von Strecken sind die vorsehenden zweiten Gleise teils ausgehauert, teils im Bau begriffen. Der Umbau der Bahnhofsanlagen in Tuttlingen ist in vollem Gange; der neue Hafendockhof Friedrichshafen wird voraussichtlich Ende 1932 fertig sein. Der vierteilte Ausbau Stuttgart-Ehlingen ist vollendet. Der elektrische Betrieb im Vorortverkehr Ludwigsburg-Stuttgart-Ehlingen wird wahrscheinlich im Frühjahr 1933 aufgenommen werden können. Die Ausführung der Fernelektrifizierung wird im Jahr 1932 weitergeführt. Der weitere Umbau des Bahnhofs Ludwigsburg wird ebenfalls nächstes Jahr wieder in Angriff genommen werden. Im Anschluß berichtete Reichsbahnoberrat Gukmann über die Einführung von Neb- und Bezirksstellen auf 1. Januar 1932, mit der sich die Preise ja bereits einsehend beschäftigt hat, und gab Auskunft über sonstige in Aussicht stehende Neuerungen auf dem Gebiet des Personal- und Erziehungswesens. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine ausgedehnte Aussprache über die künftige Fahrplanaufstellung, die bereits Gegenstand einer am 23. November stattgefundenen Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeseisenbahnrats gewesen war.

Herabsetzung der Landtagsdiäten

Stuttgart, 16. Dez. Der Vorkonvent des Landtages nahm in einer heute abgehaltenen Sitzung zu Erparnismaßnahmen beim Kapitel Landtag Stellung. Es wurde beschlossen, die auf 288 RM. gesunkenen Diäten weiter zu senken und zwar auf 200 RM. pro Monat; die mehr als 20 Kilometer von Stuttgart entfernt wohnenden Abgeordneten erhalten noch einen Zuschuß von 70 RM. In der Debatte wurde betont, daß in Württemberg die Diäten im Jahre 1927 nicht erhöht worden seien, wie das in allen anderen Parlamenten geschehen sei. Die Inanspruchnahme der Abgeordneten nach allen Seiten hin sei hart und es müsse auch minderbemittelten Kreisen die Möglichkeit gegeben werden, noch ein Mandat ausüben zu können. Eine Verringerung der Zahl der Abgeordneten wurde abgelehnt; auch wurde beschlossen, am Druck der Landtagsprotokolle teilzunehmen. Dagegen sollte hierin Erparnisse gemacht werden. Ein Antrag Schued (Kom.) auf Einberufung des Landtags wurde abgelehnt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ehrgang Hindenburgs. Der Reichspräsident empfing als Abordnung des Vorstandes der Schiffbautechnischen Gesellschaft die Herren Geheimrat Dr. Ing. Schütte, Professor Laas und Regierungsbaurat Teubert und nahm aus deren Händen die Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitglied der Schiffbautechnischen Gesellschaft entgegen.

Eine von Bonifatius erbaute Kirche. In dem heiligen Ort Kraumland wurde an der dortigen Kirche eine interessante Feststellung gemacht. Man entdeckte einen in die Kirche gefügten Sandstein, der mit der Zahl 732 versehen war. Bei den weiteren Nachforschungen wurde festgestellt, daß die Kirche in diesem Jahre von Bonifatius erbaut wurde, so daß die Gemeinde im nächsten Jahre das 1200-jährige Bestehen der Kirche feiern kann.

Abtuz eines Verkehrsflugzeuges. Auf dem Flughafen Albed-Transmünde führte ein Zwischenflieger-Versuchsflugzeug D 2176 bei einem Probeflug aus einer Höhe von etwa 500 bis 600 Meter ab. Der Pilot, Karl Wiborg, war sofort tot.

Brandkatastrophe in Polen — 72 Gebäude eingeebnet. In Surodole brach gestern ein Feuer aus, dem 72 Gebäude zum Opfer fielen. Viel lebendes und totes Inventar sowie die gesamte Ernte wurden vernichtet. 200 Familien sind obdachlos geworden.

Mord und Selbstmord eines rumänischen Prinzen. Der Generalfinanzinspektor Teodorescu hatte, wie „Az Est“ meldet, in einer Bank in Rischnaw eine Untersuchung vorgenommen, in deren Verlauf er dem in der Bank angestellten Prinzen Cantacuzino schwere Vorwürfe gemacht hatte. Der Prinz zog daraufhin einen Revolver und streckte den Inspektor mit zwei Kugeln nieder. Dann beging er Selbstmord.

Mit sieben Mann Besatzung untergegangen. In dem ungewöhnlich heftigen Schneesturm, der über Lettland hinweg, ist auf der Libauer Seebe der estnische Segler „Luha“ vom Unter losgerissen worden und untergegangen. Die siebenköpfige Besatzung ist ertrunken.

Sturmfluten im Ostseebad Cranz. Das Ostseebad Cranz ist von einer schweren Sturmflut heimgesucht worden. Die Uferpromenaden sind in einer Fläche von 500 Meter weggespült. Der Schaden wird auf eine halbe Million RM. geschätzt.

Spiel und Sport

Sportverein Emmingen I — Sportverein Altsiezig I 3:0 Sportver. Emmingen Jug. — Sportver. Altsiezig Jug. 0:1

Fußball. Das letzte Verbandsspiel der ersten Mannschaft sollte eine Ueberraschung werden. Altsiezig ließ sich von Emmingen auf eigenem Platz mit 3:0 schlagen. Bei Halbzeit stand das Spiel noch teilweise Ueberlegenheit von Altsiezig nach 0:0, dann drehte Emmingen auf, ein meisterhaft getretener Straßstoß landete zum ersten Treffer im Reg., ein ganz unnötig verschuldeter Elfmeter ergab das zweite Tor und ein Deckungsfehler unierer Hintermannschaft ergab auf Vorlage des wickelflüchtigen Linksaußen von Emmingen den dritten Treffer. Emmingen war in bester Verfassung, Torwart sehr gut, ihm hat E. zu verdanken, daß Gegentore nicht fielen, die Verteidigung war oft so zahlreich, daß ein Durchkommen nicht möglich war. Käuferreihe und Stürmerreihe eifrig und schnell, ganz besonders im Sturm die Flügel schnell und gewandt, und auf diesen Seiten mangelte es bei Altsiezig hauptsächlich, die F. J. Stürmer waren zu langsam und die Käuferreihe unterließ die der Sturm ebenfalls nicht, meistens war es eine planlose Räderrei, die natürlich keine Erfolge bringen konnte und die wenigen fräftigen Schüsse aufs Tor hielt der Emminger Torwächter planlos, wenn auch oft mit viel Glück. Wir haben unser letztes Verbandsspiel verloren, den Mut und die Liebe zum Sport wollen wir deswegen nicht verlieren, nur mehr Interesse und Spielfeier und ganz besonders mehr Verständnis der Spieler untereinander können solche Niederlagen gegen Gegner wie Emmingen vermeiden. Jeder Spieler soll sich das Wort zu Herzen nehmen, daß nur Einigkeit in der Mannschaft zum Ziele führen kann. — Die

Jugendmannschaft mußte wegen einem Privatpiel der Freien Turnerschaft bereits um 12.15 Uhr antreten, ebenfalls gegen Emmingen. E. Jugend entpuppte sich als ein gefährlicher Gegner und A. hatte Mühe, durch einen prächtigen Straßstoß mit 0:1 Sieger zu bleiben und so der Gruppenmeisterschaft näher zu kommen. Diefelbe ist deshalb noch nicht entschieden, da ein Verbandsspiel Nagold-Emmingen nachgeholt werden wird und je nach Ausgang dieses Spiels eventuell noch ein Entscheidungstreffen der Jugendmannschaften notwendig wird. H. H.

Aus dem Gerichtssaal

Der Ludwigsbader Werkpionage-Prozess

Ludwigsbader, 15. Dez. Im Verlauf der Verhandlung im Werkpionageprozess schilderte Herbst, daß er Ende November oder Dezember 1930 den Besuch von Dienstbach erhalten habe, der erklärt habe, er suche Spezialarbeiter für Rußland zur Durchführung des Künslfabrikplans, vor allem aus der chemischen Industrie. Herbst bestritt, daß hierbei irgend ein Wort von Betriebsgeheimnissen gefallen sei. Schwer werden die beiden Angeklagten durch verschiedene Kaffler befaßt, die während der Unterfuchungsphase gefestigt wurden und in die Hände des Gerichts gelangten. Schwer belastet wird Stiefen durch einen Akt in einem Kaffler, in dem es heißt, „Schmid hat viel Geld erhalten, aber nichts dafür geleistet“. Es stellt sich heraus, daß Dienstbach Schmid einen Vorkauf von 100 Mark gegeben hat. Dienstbach behauptet, das Geld sei nur für Reitation gewesen, während Schmid betonte, er habe diese 100 Mark als Beszahlung für Uebermittlung eines Betriebsgeheimnisses erhalten. Einen längeren Plan hat sich der Angeklagte Dienstbach ausgedacht und in einem Kaffler seinen Mitangeklagten übermittelt. Der erste Zeuge, der 29 Jahre alte Schlosser Kraft aus Ludwigsbader hat Schmid die beabsichtigte Werkpionage auf den Kopf gesaugt. Solter ist Schmid auch mit Dienstbach zu ihm gekommen. Kraft sang zum Schluß auf die Ansichte der beiden ein und stellte Patente über die Herstellung von Karbolsäure und Ammoniak in Aussicht, ein Verfahren, das er mit Zustimmung der Firma Kalsch zur Verfügung stellte und Dienstbach übermittelte. Während Schmid behauptete, von Dienstbach Geld für Uebermittlung von Betriebsgeheimnissen erhalten zu haben, bestritt Dienstbach das Gegenteil. Die Sachverständigenzeugen Dr. Link und Dr. Winkler von der IG-Farben betonten, daß es sich bei dem von Schmid entwandten Patent um ein Betriebsgeheimnis gehandelt habe.

Der Naturheilkundige Kies wieder vor Gericht

Wien, 16. Dez. Der Naturheilkundige Bruno Kies stand vor dem Schwurgericht und hatte sich zu verantworten, weil er durch Prospekte und Zeitungsinserte irreführende Ausführungen gemacht hatte, die ein Verneben des fortgesetzten Betrugs darstellten. In Tateinheit damit wird er einer öffentlichen Beleidigung der Verstecktheit beschuldigt. In einem Hauptblatt sprach er von 3000 Dankfchriften. In einem andern Hauptblatt ist davon die Rede, daß die Kranken sich immer erst in letzter Minute entschließen zu einem Naturheilkundigen zu geben, oft sogar erst nachdem sie sich von den Ärzten haben lassen durch Operationen verkrüppeln lassen. Den Ärzten war er darin schwere Konkurrenz vor. In einem Inserat empfahl er u. a. als unwirksam wirkendes Mittel gegen schwere chronische Krankheiten Radium in Form von Radiumkissen. Der Angeklagte hatte in Geislingen behauptet, daß er jede Krankheit durch Augenbinosen heilen könne und für jede falsche Heilung 100 Mark bezahle. Daraufhin hatte sich dort ein Komitee gebildet, das den Angeklagten zum Beweis seiner Behauptungen einladet. Es wurden vom Krankenhaus mehrere Kranke geholt und dem Angeklagten verheimlicht vorgeführt, jedoch nur die Augen frei waren. Die Probe ergab, daß er bei 14 Fällen mindestens 13 falsch beurteilte. Auch eine Miltensärztin hatte sich unter die Patienten gemischt. Bei ihr heilte er eine ganze Reihe von Erkrankungen. Er war aber ganz daff, als die Hüfte fiel und er eine fernsejande Person vor sich hatte. Der Angeklagte blieb aber bei seiner Behauptung, daß auch die Miltensärztin krank sei und sich die Krankheit in Bälde selgen werde. Anschließend wurde der Fall der Behandlung des Königs von England besprochen. Der Angeklagte bleibt dabei, daß er schuld daran sei, daß der König von England heute noch lebe. Man solle den König von England als Zeugen telegraphisch laden. Der König in ein paar Stunden im Bogen hier sein. Was er in seinen Inseraten und Hauptblättern geschrieben habe, sei wahr. Wie aus den Ausführungen des Vorurteilenden zu entnehmen war, haben die angeklagten Ermittlungen ergeben, daß von einer Behandlung des englischen Königs durch den Angeklagten keine Rede sein könne. Bei den Alten liegen mehrere Schriftstücke zu dieser Sache, wonach feststeht, daß der Angeklagte durch Vermittlung der „Times“ sein Mittel an das königliche Kabinett abgegeben hat. Dafür erhielt er ein mit Kacheln geschriebenes formularmäßiges Dankfchreiben, wie es viele andere, die mit irgend einem Ratschlag gekommen sind, auch

Gut Holz!



erhalten haben. Es ist damit noch lange nicht gesagt, daß die erteilten Anordnungen und Mittel, wie der Weibarzt selbst erklären ließ, irgendwie in Betracht gezogen worden wären. Der Angeklagte bemerkt es ist doch auffallend, daß der König 24 Stunden nach der Übermittlung seines Mittels vollständig wiederhergestellt sei. Als nächster Punkt wurde das Radiostellen bestritten. Durch den Sachverständigen Dr. Richter-Ulm wurde festgestellt, daß es schon seit 1905 Radiostellen gebe. Die von dem Angeklagten verkauften Radiostellen wurden bei ihm selbst hergestellt. Photographische Aufnahme zeigen, daß sie eine gewisse Ausstrahlung haben. Der Angeklagte blieb dabei, daß seine Behauptungen richtig seien. Der Staatsanwalt betonte, der Angeklagte habe durch seine Kesseln großen Schaden verursacht. Nur wenige seien gebellt worden. In Frankreich sei der Angeklagte gleich zweimal 40 Tage eingesperrt worden. Man müsse auch bedenken, wie der Angeklagte gelebt habe. Nachbarnwagen, Flugzeug, Flugball, moderne Wohnungseinrichtung. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete wegen eines Verstoßes nach Paragraph 4 des unlauteren Wettbewerbs auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat.

Hundfunk

Freitag, 18. Dez.: 6.15 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Englischer Sprachunterricht, 16.30 Uhr „Primararbeit“, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, Landwirtschaft, 18.40 Uhr Arztbesuch; Moderne Ernährungsfragen, 19.05 Uhr Vortrag: Die Reichsanleihe für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Ihre Aufgaben und ihre Organisation, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, Ueberblick über die Hauptveranstaltungen der kommenden Woche in Elberstadt, 19.40 Uhr Vom Schlachtfeld, 19.55 Uhr Aktueller Dienst, 20.10 Uhr Die Hebermaus, 22.20 Uhr Wetter- und Schnebericht, Nachrichten, Sport, 22.40 Uhr Singschule-Kantate.

Samstag, 19. Dez.: 6.15 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.15 Uhr Stunde der Jugend, 16.20 Uhr Konzert, 17.05 Uhr Operettenkonzert, 18.30 Uhr Zeit, 18.40 Uhr „Neuzeitliche Wollereinigung“, 19.05 Uhr Sondersender Sprachunterricht, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, Sportbericht, 19.45 Uhr Stunde des Chorgesanges, 20 Uhr Aktueller Dienst, 20.15 Uhr Konzert, 22.15 Uhr Wetter, Nachrichten, 22.35 Uhr Tanzmusik.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktienbörse vom 18. Dez. Weizen m.ä. 212 bis 214, Roggen m.ä. 190-193, Braugerste 152-161, Futter- und Industrieernte 150-152, Hafer m.ä. 134-142, Weizenmehl 27 bis 31, Roggenmehl 25.00-28, Weizenkleie 8.25-9.50, Roggenkleie 9.75-10.25, Futterernte 22-28.50, kleine Speiserbisse 22-25.50, Futterernte 16-18. Allgemeine Tendenz: fest. Feinstweizen. Kalen: Kernen 12.50, Weizen 11.80-12.50, Weizen 10.50-11.80, Roggen 11.30-12, Gerste 7.20-8.30, Ha-

ber 6.90-8.30, Futterernte 7 Mk. - Krattich: Weizen 10.50, Gerste 9.50, Haber 9.50 Mk. - Riedlingen: Braugerste 7.90-8.40, Saatgerste 8.50, Haber 7.50-8 Mk. - Reutlingen: Weizen 11.80-14, Dinkel 9.50, Gerste 8-8.80, Haber 7 bis 7.80 Markt.

Wärkte

Altensteig, 17. Dezember. (Blech und Schweinemarkt.) Dem gestrigen Blechmarkt waren zugeföhrt: 7 Paar Ochsen, Preis pro Paar 800-850 Mk., 1 Kalbin, Preis 400 Mk., 9 Kühe, Preis pro Stück 200-350 Mk., 18 Stück Jungvieh, Preis pro St. 70-130 Mk. Zutrieb gering, Handel flau. - Dem Schweinemarkt waren zugeföhrt: 127 Paar Milchschweine, Preis pro Paar 22-36 Mk., 9 Stück Fäuserichweine, Preis pro Stück 32 bis 48 Mk. Handel mittelmäßig.

Wienpreise, Kalen: Kalen 100-110, Kalen 140-150, Kalen 270-300, Kalen und Jungvieh 58-60, Kalen 39-50 Mk. - Oberndorf: Jungvieh 80-100, trächtige Kalbinnen 200 bis 300, Kuhföhe 200, Schlachtköhe 80-140 Mk. - Ravensburg: Anstellender 80-250, trächtige Kühe 200-300, Milchföhe 150 bis 200, Kalbin 220-300 Mk. - Riedlingen: Kalbinnen 280-400, Schlachtköhe 100-150, Kuhföhe 220-300, Ochsen 190 bis 300, Jungvieh 60-200, Herren 150-170 Markt.

Schweinepreise, Kalen: Milchschweine 8-14, Fäuser 21 Mk. - Oberndorf: Milchschweine 8-12 Mk. - Riedlingen: Milchschweine 10-18, Fäuser 20-25 Mk. - Mäurer: Fäuser und Fäuserkühe vom 16. Dez. Kollektbutte 94-100, Verkauf fest; Damm: Zuspruch nach Statistik der Vorwoche 95 Prozent; Weichhäute 20 Prozent Fettsäurehalt (aräme Ware) 24-26, Verkauf: unverändert; Alläurer: Emmen-taler 45 Prozent Fettsäurehalt, 1. Sorte 87-94, 2. Sorte 77-82, 3. Sorte 67-71, Verkauf ruhig.

Kontur

K. Klump, Buchhändler in Nagold. Vergleichsverfahren. Johannes Haller, Holz- u. Kohlenhandl., in Schwemningen. Ja. Karl G. Heinichen in Schwemningen a. R., Joh. Karl u. Gustav Heinichen, Baumaterialienhandlung in Schwemningen. Ka. Richard Kappen, vorm. L. u. E. Jung, Manufakturwaren in Mengen.

Buntes Allerlei

Ein ritterlicher Gegner

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in Berlin teilt uns mit: Der bekannte Vorkämpfer der Kriegsgefangenenbewegung und Ehrenbundesvorsitzende der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Wilhelm Föhrer, a. Versener, Potsdam, geriet im Jahre 1914 als Führer einer Patrouille bei Ypern in Kriegsgefangenschaft. Der Führer der britischen Truppe, welche die deutsche Patrouille nach längerem Kampf abföhlo und gefangen nahm, Oberleutnant Marix, gab seinem Gegner in ritterlicher Weise den Degen zurück. Herr v. Versener fürchtete mit Recht, daß ihm der Degen im belgischen Gebiet nicht bleiben würde und daß den englischen Offizier, den Degen bis zur Beendigung des Krieges in ehrenvolle Verwahrung zu nehmen. Der englische Offizier, der während des Krieges als Krieger ein Bein verloren hat, hat nach langen Bemühungen seinen einstigen Gegner ermittelt. In diesen Tagen wurde Herrn v. Versener durch den Militärattaché der Britischen Botschaft, Oberst Harring, der Degen zurückgegeben.

Legte Nachrichten

Schieberei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Berlin, 17. Dezember. Am Mittwoch abend kam es in der Nähe des Zentralviehhofes zu einer Schieberei. Durch einen abirrenden Schuß wurde der Schaffner einer vorüberkommenden Straßenbahn an der rechten Brustseite verletzt. Von den an der Schieberei Beteiligten wurden 13 Kommunisten und 4 Nationalsozialisten festgenommen und der Abteilung 1A übergeben. Bei einem der Festgenommenen wurde eine Pistole gefunden.

Hamburger Bürgerchaft für Aufhebung der Rotverordnungen

Hamburg, 17. Dezember. Die Bürgerchaft hat gestern einen Antrag der Kommunisten, daß die Bürgerchaft den Senat ersuchen solle, bei der Reichsregierung für die sofortige Aufhebung aller Rotverordnungen einzutreten, mit 77 gegen 46 Stimmen angenommen. Ein deutschnationaler Antrag betreffend Aufhebung des Uniformverbots wurde bei 2 Stimmenthaltungen gleichfalls, und zwar mit 76 gegen 65 Stimmen angenommen. Dann vertagte sich das Haus gegen 2 Uhr morgens.

Blutiger Zusammenstoß in Steiermark

Wien, 17. Dezember. In Voithberg (Steiermark) fanden gestern abend gleichzeitig eine sozialdemokratische und eine nationalsozialistische Versammlung statt. Während der Versammlungen erhielt die Gendarmerie die Mitteilung, daß im Bürgermeisteramt Sprengmittel aufbewahrt seien. Die Gendarmerie fand bei der Durchsuchung tatsächlich 200 Handgranaten, die sie beschlagnahmte. Als dies in der sozialdemokratischen Versammlung bekannt wurde, eilten die Versammlungsteilnehmer zum Bürgermeisteramt, wo sie die Gendarmen entwaffneten. Ein Gendarm erhielt einen Messerstich ins Gesicht. Ihm wurde auch die Karabiner entzogen, mit dem ein Demonstrant gegen den Gendarmen einen Schuß abfeuerte. Der Gendarm wurde verletzt; durch das gleiche Geschö wurde eine Frau, die als Schriftföhlerin in der sozialdemokratischen Versammlung fungiert hatte, getötet. Nunmehr machten auch die Gendarmen von der Schußwaffe Gebrauch. Dadurch wurde eine Person getötet und sechs schwer verletzt.

Wutvolles Wetter für Freitag

Die nördliche Depression hat bis jetzt nur geringen Einfluß auf die Wetterlage ausgeübt. Für Freitag ist zwar mehrfach bedecktes, aber höchstens zu leichten Niederschlägen (Schneefällen) geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. L. a. u. f.

Gemeinde Orömdach.



Langholzverkauf.

Am Samstag, den 19. Dezember ds. Js., nachmittags um 2 Uhr, kommen auf dem Rathaus hier

67 Fhm. Langholz I.-VI. Klasse

aus dem Gemeindevald Neumühlwald im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Hochdorf.

Gemeinderatswahl.

Gebt hiermit bekannt, daß ich eine Wiederwahl nicht mehr annehmen kann und spreche auf diesem Wege meinen Wählern von Hochdorf und Schernbach meinen Dank aus.

Joh. Hammann.

Nichelberg.

Wahlvorschlag!

Bürger! Wählet keine Männer, welche wie seither bloß Ihre eigenen Interessen zu schützen wußten und mit Eurem Geld Schindluder getrieben haben. Denkt daran, wie diese Kopfhänger als Kirchengemeinderäte Euer Geld vorziges Jahr verschwendet haben. Darum wählet aufrechte Männer.

- Für Nichelberg: Fritz Bäuerle, (seith. Gemeinderat)
- „ „ Friedrich Schlect, Zimmermeister
- „ „ Jakob Bolz, Fuhrmann
- „ „ Günerberg: Amant Kübler
- „ „ Gottfried Schiech, (Gottfr. Sohn.)

Mehrere Wähler.

Neuweiler.

Wahlvorschlag zur Bürgermeistertwahl!

Ein ernstes Wort. Wähler und Wählerinnen wähllet zum Bürgermeister einen freien und unabhängigen Mann, welcher nicht schon vorher von der Gemeinde abhängig ist, darum wähllet am Samstag geschlossenen Fritz Lörcher zum Bürgermeister, er ist ein ganz freier Mann.

Mehrere Wähler.

Schenkt Bücher zum Weihnachtsfest!

Eine große Auswahl gediegener Bücher für die Jugend und für Erwachsene ist vorrätig in der W. Rieker'schen Buchhandlung in Altensteig. Nichtvorrätiges wird allerhöchsteins geliefert.

Zwerenberg.

Todes-Anzeige.



Hiermit machen wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe Schwester und Tante

Elisabeth Blaiß

geb. Feuerbacher

nach längerer Krankheit heute früh sanft entschlafen ist.

Die Angehörigen: Familie Feuerbacher.

Bestattung Freitag nachmittags 1 Uhr.

Modellierbogen

- Graf Zeppelin Mk. 1.—
- Do. X „ 1.50
- Junkers G 38 „ 1.50

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Gefunden

wurde in der Poststraße ein Geldbeutel mit Inhalt. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei Martin Hauser, Stricker.

Wer sucht Geld?

Ab 500 Mk. in jed. Höhe. Keine Vermittlung. Zuschnitt kostenlos durch D. Sigle, Bforzheim, Klehlest. 4. Nachw. lfd. Auszahlung uninteress.

WEIHNACHTS-KRIPPEN

empfiehlt die

W. RIEKERSCHE BUCHHANDLUNG

Altensteig

Praktisch denkt Wer nützlich schenkt



Waschgarnituren



von Mark 3.— an

Berg & Schmid, Nagold.

Sonder-Angebot!

Ein Posten feine, wollene

Damenstrümpfe

schwarz und farbig von 1.20 an

Chr. Krauss.

Altensteig

Seefische billiger!



Gablau ohne Kopf 1 Pfd. 25 -

Scheffisch ohne Kopf 1 Pfd. 30 -

Gablau Filet 1 Pfd. 45 -

Galdbarschfilet 1 Pfd. 60 -

Büchlinge 1 Pfd. 35-45 -

Chr. Burghard Jr.

Zu

Weihnachtsgeschenken

empfiehlt

Schreibetuis und

Federkasten sowie

Schultaschen und

Aktenmappen die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

